ROTE KOMMENTARE

20.2.70

Herausgegeben vom SDS Heidelberg

Redaktion: Palästina Komitee Aachen, Frankfurt, Heidelberg in Zusammenarbeit mit der GUPS (Generalunion Palästinensischer Studenten) Heidelberg
Verantwortlich: Dieter Hildebrandt, Grabengasse 14 (HD) Druck: J. Noth, Heidelberg

Aufruf zur Palästina-Demonstration am Montag

Sammelpunkt: 17°° Uhr Rathausplatz, dann Kundgebung am Bismarckplatz

Bequemerweise stellen Presse, Rundfunk und die beteiligten Regierungen den Palästina-Konflikt meistens als einen Konflikt zwischen den Juden und den Arabern, und nach der Gründung des Staates Israel 1948, als einen Konflikt zwischen dem Staat Israel und den arabischen Staaten dar. Diese Ansicht des Problems ist vor allem bequem für die, die ein Interesse daran haben, daß nicht die arbeitende jüdische und arabische Masse die Lösung des Konflikts in die Hand nimmt, sondern daß diejenigen in diesem Konflikt ihre Interessen durchsetzen, die die Macht in den einzelnen Staaten haben und die die Massen daran hindern, ihre Interessen wahrzunehmen, und die deshalb behaupten können, sie würden für die Juden und die Araber sprechen. In Wirklichkeit aber kann man Moshe Dajan mit den Juden in Israel und Präsident Nasser oder König Hussein mit den Arabern ebensowenig gleichsetzen, wie die Herren Krupp, Abs, Brandt oder den General Schnez mit den Deutschen. Und natürlich haben der jüdische Hafenarbeiter in Haifa und der arabische Arbeitslose in Bethlehem mehr miteinander gemeinsam, als mit dem israelischen Industriellen einerseits, dessen Waren in Haifa verladen werden oder mit dem arabischen Großgrundbesitzer andererseits, der deshalb Großgrundbesitzer ist, weil die arabischen Bauern verschuldet, vertrieben und jetzt arbeitslos sind.
Der jüdische und der arabische Arbeiter haben auch dann noch gemeinsame Interessen gegen die jüdischen und arabischen herrschenden Klassen, wenn der israelische Kapitalist den arabischen Arbeitslosen dadurch vor dem Hunger rettet, daß er ihn als Streikbrecher gegen den jüdischen Arbeiter einsetzt, denn die jüdischen Arbeiter haben in den letzten Jahren hunderte Mal gestreikt.
Für die israelischen Kapitalisten hat der Krieg von 1967 bedeutet, daß die Produktion durch die Rüstung und durch die Eroberung neuer Absatzmärkte angekurbelt wurde. Für die israelischen Arbeiter hat er nur bedeutet, daß die Kapitalisten die Lohnforderungen der jüdischen Arbeiter damit unterbinden konnten, dass sie arabische Arbeitskräfte mehr und mehr einstellten, die kaum organisiert für ihre Forderungen kämpfen können, weil sie froh sein müssen, wenn sie überhaupt einen Hungerlohn für ihre Arbeit kriegen und die außerdem mit Hilfe von Ausnahme-(Notstands)-Gesetzen und der israelischen Militärverwaltung gewaltsam an jeder Selbstorganisation gehindert werden.

Das Bündnis zwischen Zionismus und Weltimperialismus

Gerade jetzt ist es unbedingt notwendig, genau zu untersuchen welche Gruppen sich in Palästina gegenüberstehen.
Die israelische Propaganda behauptet, daß Israel eine Zufluchtstätte für die Juden ist, die in Russland vor der Revolution von 1917 und unter den Nazis unmenschlichen Verfolgungen ausgesetzt gewesen sind. Die Bewegung, die die verfolgten Juden sammelte und es ihnen ermöglichen sollte ein Volk in einem Staat zu bilden heißt Zionismus. In Wirklichkeit handelte es sich darum, mit Hilfe von westeuropäischem Kapital jüdische Arbeiter aus Osteuropa nach Palästina zu exportieren, damit sie dort für dieses Kapital produzierten und zugleich gegen die arabischen Bewohner Palästinas die Interessen der westeuropäischen Kapitalisten durchsetzten.
Heute ist der Zionismus die besondere Form des Imperialismus, mit der die israelische Kapitalistenklasse das jüdische Proletariat in Israel unter Zuhilfenahme von ausländischer Finanzhilfe (z.B. westdeutsche Wiedergutmachung) ausbeutet, und zugleich die arabischen Massen ebenfalls im Bündnis mit den westlichen Imperialisten (z.B. den USA und der Bundesrepublik) militärisch und wirtschaftlich bedroht und unterdrückt.

In diesen Tagen besucht der israelische Außenminister Aba Ebban die Bundesrepublik. Er wird dort Geld erbitten, damit seine Regierung mit den arabischen Völkern ebenso verfahren kann wie die Nazis mit den Völkern Polens oder der UdSSR.
Er wird dabei vor allem von jenen Industrie- und Finanzkreisen unterstützt werden, die die Kriege gegen Polen und die UdSSR finanzieren halfen (Thyssen) und die sich während der Nazizeit als erste an jüdischem Eigentum bereichert haben (Abs). Die alten Nazis und ihre ehemaligen Opfer reichen sich heute die Hände, weil sie gemeinsam ein neues Opfer gefunden haben.
Die Regierenden in Israel brauchen das Geld der ehemaligen Judenmörder in der westdeutschen Industrie und Regierungsstellen, um Flugzeuge und Bomben zu bezahlen, die die ägyptische Ölindustrie und das bißchen Eisenindustrie zerschlagen, weil sich die Ägypter hartnäckig weigern, ihr Öl und ihr Eisen für die Rechnung von US-Konzernen oder des israelischen Kapitals zu produzieren; sie brauchen Geld um den Sprengstoff zu bezahlen, mit dem sie tausende von Häusern in den von ihnen besetzten Gebieten sprengen, deren Besitzer sich nicht den Besatzungsbedingungen beugen wollten. Sie brauchen auch Geld für Investitionen, damit sie Waren produzieren können, die sie den arabischen Massen verkaufen können, nachdem sie sie mit Gewalt und Terror zum Absatzmarkt für die israelische Industrie gemacht haben.
Die deutschen Industrie- und Regierungskreise stehen diesem Ersuchen wohlwollend gegenüber. Nicht etwa, um "wiedergutzumachen" was einmal im Namen der Deutschen an Juden begangen wurde, sondern ganz einfach um an dem großen Geschäft, das der Krieg im Nahen Osten bedeutet teilhaben zu können: Deutsche gut verzinsliche Kredite finanzieren die israelischen Neuinvestitionen und Rüstungsaufträge; deutsche Firmen bauen heute in Israel Pipe-lines.
Daß Israel heute im Nahen Osten an der gleichen Front wie die USA in Vietnam kämpft, und daß die Unterstützung von alten Antisemiten für Israel dem gleichen Zweck dient, wie die Unterstützung der großen Industrie für die Nazis, nämlich der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker, das wird immer mehr gerade auch denen bewußt, die lange Israel aus Solidarität mit den Juden gegen die Nazis unterstützt haben. Wenn die Opposition gegen die deutsche Unterstützung für den Zionismus wächst, könnte das den Profiten aus dem Krieg gegen das palästinensische Volk schaden. Die Palästinenser, die sich gegen die zionistischen Eroberungen wehren, müssen daher als die neuen Nazis und Judenmörder dargestellt werden, damit die wirklichen Nazis bei ihren geschäftlichen Besprechungen mit Aba Eban nicht behelligt und entlarvt werden können.

Die anti-arabische und anti-sozialistische Hetze solidarisch zurückweisen!!!

Das erklärt die unglaubliche Hetze, die nach dem Flugzeugattentat von München-Riem eingesetzt hat. Das Attentat sollte Israel, das von Verbindungen nach außen über die See und durch die Luft abhängig ist, politisch und wirtschaftlich schwächen. Es sollte eine Antwort auf den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Terror sein, den Israel täglich gegenüber dem palästinensischen und ägyptischen Volk ausübt, und der sich am Tag zuvor im Angriff auf das ägyptische Eisenwerk geäußert hatte, bei dem 70 Arbeiter ums Leben kamen.

Wie die marxistische Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) halten wir solche Attentate für falsch, weil sie dem Zionismus tatsächlich nicht in seinen Unterdrückungsunternehmungen schaden und die Kampfkraft des palästinensischen Volkes nicht stärken.

Solche Aktionen können aber überhaupt nicht mit den Verbrechen verglichen werden, die der Zionismus täglich verübt, und die allein in den letzten sechs Wochen in Ägypten ca. 1000 Menschenleben gekostet haben (SZ, 19-2.70), oder wie sie heute noch, wahrscheinlich von Geisteskranken, als Spätfolge der Naziverbrechen etwa im Falle des Münchner jüdischen Altersheim in Westdeutschland begangen werden. Wenn Regierung und Presse heute vorgeben, die Münchner Brandstifter vor allem unter den arabischen Widerstandskämpfern oder unter den Sozialisten in der Bundesrepublik zu suchen, zeigen sie nur, daß die Verbrechen alter und neuer Nazis sie weniger interessieren, als die Bedrohung, die die Kritik und Entlarvungstätigkeit über die israelischen Kriegsverbrechen für ihre Geschäfte mit den Zionisten mit sich bringt. Das Verbrechen, vermutlich eines faschistischen Geisteskranken, gegen alte Menschen, die schon einmal zusammen mit Sozialisten Opfer der Faschismus waren, wird heute den Sozialisten in die Schuhe geschoben, um sie zu diskriminieren und gegen sie vorgehen zu können. In München wurden Flugblattverteiler, die über diese Zusammenhänge aufklären wollten, zusammengeschlagen, die Presse ruft nach "Massnahmen" gegen die Linken, in Heidelberg werden arabische Genossen noch mehr als sonst von der Polizei belästigt und überwacht.

Die Antwort der Sozialisten kann nur sein, die Aufklärung über den israelischen Imperialismus zu verstärken und demokratische palästinensische Widerstandsbewegung mehr als bisher zu unterstützen. Diesem Zweck dient die Demonstration am kommenden Montag.

Die Klassenverhältnisse in Israel und der Krieg als Mittel zur Krisenbekämpfung

Die zionistische Propaganda behauptet gerne, in Israel gäbe es so etwas wie Sozialismus. In Wirklichkeit wurden von vornherein die Weichen für die späteren gesellschaftlichen Verhältnisse gestellt, nämlich denen zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten. Dies zeigt sich z.B. darin, daß schon lange bevor der Staat Israel überhaupt existierte,

→

Palästina teach-in

Freitag, 20.2., 20°° Uhr

Hörsaal 13

etwa ein Drittel der Staatsgröße von 1948 von dem französischen Bankier und Industriellen Rothschild aufgekauft war und von jüdischen Lohnarbeitern für seine Rechnung bearbeitet wurde. Die erste für das zukünftige Wirtschaftssystem Israels wichtige Entscheidung war der Zusammenschluß der reichen jüdischen Grundbesitzer im Jahre 1913, der die Grundlage der Unternehmerschaft darstellte. Diese Großgrundbesitzer fingen einen schwunghaften Handel mit den arabischen Großgrundbesitzern an, die den Juden den Boden zu weit überhöhten Preisen verkauften, die von den jüdischen Grundbesitzern nur durch die starke Unterstützung ihrer Organisation aufgebracht werden konnten.

Nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 fand eine Masseneinwanderung in Palästina statt. Die Folge war, daß sich die ansässigen Araber zu wehren begannen, wurde doch von den zionistischen Organisationen versucht, alle Arbeitsmöglichkeiten für jüdische Einwanderer zu gewinnen, was für die arabische Bevölkerung nichts anderes als die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit, d.h. Verelendung und des Verkaufs ihrer Arbeitskraft zu billigsten Preisen bedeutete.

1936 brach eine Generalstreik- und Aufstandsbewegung unter den Arabern aus, die bald von den arabischen Großgrundbesitzern und führenden Gruppen verraten und von den Engländern, die die zionistische Einwanderung förderten, zusammen mit den Zionisten niedergeschlagen wurde. Um die unter den Arabern entstandene Unruhe niederzudrücken, und um zu erreichen, daß möglichst viele von ihnen ihr Land verlassen,würden, um so Platz für die jüdischen Siedler zu schaffen, wurden spezielle Terrorgruppen von den zionistischen Organisationen gebildet, die in kurzer Zeit die rarabische Bevölkerung so unter Druck setzten, daß bis zum Kriegsende 1948 900. 000 Palästinenser aus dem Land flüchteten, das die Zionisten für sich beanspruchten. Als Beispiel mag die Terroraktion durch eine Gruppe der Terrororganisation Irgun in Deir Yasin gelten, bei der 250 Frauen und Kinder getötet wurden. Der Oberbefehlshaber der Irgun war Menachem Beigin, der 1967 unter Eshkol Ministerwürden bekleidete. Auf Vorwürfe der Weltöffentlichkeit hin bemerkte Beigin nur: "Dieses Gemetzel war gerechtfertigt, denn ohne den Sieg bei Deir Yasin würde es Israel nicht geben. "

In diesem Zusammenhang muß man den Krieg von 1948, nach der Staatgründung Israels sehen, der nicht nur die Absicherung bestehender Herrschaftsverhältnisse in Israel, sondern auch die Eroberung neuer Gebiete zum Ziel hatte. Aber die israelischen Imperialisten waren nicht die einzigen, die von diesem Krieg profitierten, denn Großbritannien sorgte dafür, daß auch der Teil von Palästina, den die Israelis nicht eroberten unter ihrer direkten Kontrolle blieb. Sie erlaubten dem König des kleinen Wüstenlandes Transjordanien, der völlig vom englischen Kapital abhängig war, den Rest von Palästina zu besetzen und seinem Reich einzuverleiben.

Auch der Krieg von 1956 der gegenÄgypten gerichtet war, hatte die Gebietserweiterung und Stabilisierung der Macht zum Ziel, abgesehen davon , daß England und Frankreich ein großes Interesse an diesem Krieg hatten, nachdem Ägypten den Suez-Kanal verstaatlicht hatte und die Durchfahrtsgebühren für sich behielt.

Der 6-Tage-Krieg 1967 läßt sich in ähnlicher Weise darstellen, allerdings waren die Kriegsziele mehr als früher von direkten ökonomischen Bedingungen abhängig, und zwar in folgender Weise: Von 1959-1964 stieg das Sozialprodukt durchschnittlich um 7 % pro Kopf der Bevölkerung. 1965 fiel das Sozialprodukt auf 3,6 %, 1966 auf 1%, da ein starker wirtschaftlicher Rückschlag zu verzeichnen war. Die relative Steigerung des Sozialproduktes der ganzen Jahre war nur möglich, weils seit Bestehen des Staates Israel ununterbrochen Milliardenbeträge an US-amerikanischen Unterstützungsgeldern und westdeutschen Wiedergutmachungsgeldern (bis 1965 mindestens 3,5 Milliarden DM) ins Land flossen. Sie dienten u.a. dazu, den Strom der Neueinwanderer in die israelische Wirtschaft einzugliedern und entsprechende landwirtschaftliche und industrielle Kapazitäten aufzubauen und einen Lebensstandard zu garantieren, der vor allem auch jüdische Einwanderer und potentielle Arbeitskräfte aus den ärmeren arabischen Ländern anlocken sollte, während die arabischen Massen weiter verarmten.
Die Abhängigkeit Israels vom ausländischen Kapital wirkte sich in dem Augenblick katastrophal aus, als die Einwandererzahl stark zurückging. Damit konnte die Produktion in Israel nur noch schwach gesteigert werden, und gleichzeitig fiel 1965 die deutsche Wiedergutmachung aus. 1967 betrug das israelische Handelsdefizit 437 Mill. Dollar. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Israels drückten sich aus in der hohen Zahl der Arbeitslosen, die 1966 100000 und bis Mitte 1967 150000 betrug. Angesichts dieser Schwierigkeiten waren die ausländischen Kapitalisten nicht mehr im gleichen Maße wie früher bereit, Investitionen in Israel vorzunehmen: z.B. nahmen die Investitionen 86 Mill. Dollar 1966 bis auf 14 Mill. Dollar 1967 ab. Dazu kam, daß der israelische Staat 1966/67 Schulden in Höhe von 800 Mill. Dollar zurückzahlen mußte, was etwa 17% des gesamten Haushaltes des Staates ausmachte. Hinzu kommt noch der große Produktionsausfall durch die wachsende Zahl von streikenden Arbeitern, die 1966 fast 100.000 ausmachte , deren Löhne um etwa 1.2% sanken, während die Zunahme der Profite allein der israelisch-amerikanischen Investitionsgesellschaft 25% gegenüber dem Vorjahr betrug.
Das israelische Kriegskabinett wurde vor die Alternative gestellt: entweder gegen die eigenen unzufriedenen und sich in Streiks organisierenden Arbeiter zu kämpfen, oder die Krise der israelischen Wirtschaft durch Aggression und Erschliessung arabischer Absatzgebiete zu lösen.
Diese Aggression schien den Herrschenden in Israel das beste Mittel zu rLösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zur Schaffung von Absatzgebieten für die israelische Wirtschaft. Die folgenden Statistiken zeigen, wie sich die israelische Produktion und die israelischen Exporte infolge der Aggression steigerten. Nach Angaben des Zentrums für Industrielle Planung hat die private Industrie in der Zeit zwischen Juli 1967 und Juni 1968 über 650 Mio. Lira an Gewinnen machen können. Al HaMishmar berichtete am 10.9. 1968, daß solche Profite vor 1967 niemals realisiert werden konnten. Darüberhinaus erzielte das israelische und sonstige Finanzkapital nach der Aggression die höchsten Gewinne in der Geschichte des Staates Israel. Die Discount- Bank steigerte ihre Profite 1968 um 40%, d.h. 15 Mio. Lira, die Versicherungsgesellschaft Eliaho um 100% und die Amerikanisch-Israelische Investitionsgesellschaft um 25%, d.h. 7 Mio.Lira. Im Allgemeinen steigerten sich die nationale Produktion 1968 um 14% und die Investitionen um 45%.
Dieser Zuwachs war eine Folge der Militarisierung verschiedener Industriezweige, die Unterstützung der zionistischen Organisation in Weteuropa und den USA und nicht zuletzt der für die israelische Wirtschaft vorteilhaften Handelsbilanz mit den besetzten Gebieten.

Die Palästinenser und die arabischen Staaten

Die arabisch-palästinensischen Massen, die auf der einen Seite von zionistischen Kapitalisten mit britischer Unterstützung vertrieben wurden, gerieten auf der anderen Seite unter ein Regime von reaktionären Großgrundbesitzern und Wüstenscheichs, die sich nur mit britischem Geld, britischen Waffen und unter Anleitung von britischen Offizieren an der Macht halten konnten. Das Königreich Jordanien, das den Teil von Palästina an sich gerissen hatte, den die Zionisten nicht besetzt hatten, erhielt von seinen britischen und später US-amerikanischen Geldgebern den Auftrag, alles zu tun, damit die Palästinenser sich nicht gegen die Vertreibungs- und Unterdrückungsmaßnahmen zur Wehr setzten.
Hunderttausende von Palästinensern leben bis heute in riesigen Flüchtlingslagern jahrelang am Rande des Existenzminimums, politisch kontrolliert und unterdrückt von der jordanischen Polizei, von den Israelis an der Rückkehr auf ihr Land und zu ihren Arbeitsplätzen gehindert, von den westlichen Regierungen, die die Israelis immer unterstützten, mit Hungerrationen versehen, die die Flüchtlinge gerade eben am Leben erhielten, aber nie ausreichten, um in dem landwirtschaftlich und rohstoffarmen Land neue ausreichende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Ein anderer großer Teil der Palästinenser bildete als Händler, Handwerker und Kleinunternehmer die wirtschaftlich stärkste Schicht in Jordanien, die in ständigem Konflikt mit den veralteten Wirtschafts- und Sozialstrukturen des jordanischen Königsreichs lebteund vor allem bereit war, gegen den britischen und amerikanischen Imperialismus zu kämpfen, der das reaktionäre und entwicklungsunfähige jordanische Regimemehr als einmal durch direktes militärisches Eingreifen vor dem Sturz rettete.

Bis 1967 war das große Vorbild der palästinensischen Flüchtlings- und Bauernmassen und der palästinensischen Bürgertums der ägyptische Präsident Nasser, der es 1956 geschafft hatte, sich gegen die vereinigten Briten, Franzosen und Israelis zu behaupten. Aber auch Präsident Nasser ging es nur darum, seinen Machtbereich zu erhalten und er unterstützte die Palästinenser letzten Endes nur mit Worten: 1964 verstand er sich mit dem Saudi-Arabischen König, der mit den USA durch das Ölgeschäft engstens verbunden ist, und der schon gar kein Interesse daran hat, dass die palästinensischen Massen politisch stark werden, und derImperialismusim Nahen Osten geschwächt wird, darauf, eine Scheinvertretung der Palästinenser zu schaffen, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, unter dem Großsprecher Schukeiri, der zwar viel tönte, in Wirklichkeit aber zur Niederlage von 1967 beitrug.

Die Rolle der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP)

Nach der arabischen Niederlage 1967 ist die palästinensische Widerstandsbewegung heute zwar zu einem entscheidenden Machtfaktor im Nahen Osten geworden, sie ist aber alles andere als einheitlich. Die stärksten Gruppen stehen heute unter der Führung jenes palästinensischen Bürgertums, das vom reaktionären jordanischen Regime und durch die zionistischen Eroberungen an der Entfaltung seiner wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten gehindert wird. Dieses Bürgertum kämpft heute einen nationalen Befreiungskampf gegen die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung Palästinas und Jordaniens. Es kann sich dabei auf die Masse der Flüchtlinge stützen, für die die Befreiung Palästinas von der zionistischen Fremdherrschaft Brot und Arbeit bedeutet. Zugleich reifte aber in einigen Gruppen der Widerstandsbewegung die Erkenntnis heran, dass die Befreiung der Volksmassen im Nahen Osten nicht nur gegen den Zionismus, sondern ebenso gegen alle arabischen Herrschaftsapparate, die mit dem Imperialismus verbunden sind, erkämpft werden muß, dass die Befreiung der Volksmassen im Nahen Osten nur dann vollendet werden kann, wenn die nationale Befreiung mit der sozialen Revolution verbunden wird. Diese Richtung wird heute am konsequentesten von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) vertreten. Seit ihrem Entstehen vor einem Jahr am 22.2.69 ist die FPDLP die Kraft in der pal. Widerstandsbewegung geworden, die durch ihre klare antiimperialistische Linie den politischen Kurs der Widerstandsbewegung mehr und mehr bestimmt.
Folgende sind die wichtigsten Programmpunkte dieser marxistisch-leninistischen Partei:

1. Die Aufgabe der Marxistisch-Leninistischen Kaderpartei FPDLP ist es, den fortgeschrittensten Kern des antiimperialistischen Kampfes zu bilden, die revolutionäre Theorie vom Klassenkampf in die Massen zu tragen und mit ihrer Hilfe die Massen zu organisieren, dass sie die bürgerlichen und imperialistischen Herrschaftsapparate zerschlagen, und die Herrschaft der Volksmassen errichten können.
2. Der Kampf gegen den Zionismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn sich die arabisch-palästinensischen Massen mit den jüdischen Massen im antikapitalistischen Kampf verbinden. Die FPDLP arbeitet deshalb heute schon mit revolutionären Organisationen in Israel zusammen.
3. Die antiimperialistische Revolution kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch gegen die reaktionären arabischen Herrschaftsapparate gerichtet ist. Sie dürfen deshalb nicht nur bekämpft werden, soweit sie dem antizionistischen Kampf im Wege sind, sondern die Volksmassen müssen sich jetzt schon politisch und militärisch auf die Auseinandersetzung mit ihnen um die Errichtung der Diktatur des Proletariats vorbereiten. Dieser Kampf kann nicht nur in Palästina geführt werden. Er ist Teil des Befreiungskampfes im ganzen Nahen Osten und Teil der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in den unterentwickelten Ländern.

Die FPDLP kämpft heute Seite an Seite mit den progressiven Kräften in der Widerstandsbewegung; unter anderem mit dem linken Flügel in Al Fath und der syrisch-baathistischen Al-Saikeh. In der letzten Zeit mehren sich die Versuche, nicht nur von Seiten der jordanischen Regierung, den linken und fortgeschrittensten Flügel der pal. Widerstandsbewegung zu isolieren, damit die "friedliche Lösung" durchgesetzt werden kann, auf die sich die Westmächte, die Sowjetunion und Ägypten längst geeinigt haben.
Die "friedliche Lösung" würde aber bedeuten, dass der zionistische Gewaltapparat und die reaktionären arabischen Regime erhalten blieben und dass der Befreiungskampf der palästinensischen Massen, der gerade begonnen hat, verraten würde. Es ist deshalb notwendig, dass auch die Linke in Westeuropa den Kampf der FPDLP, als der Speerspitze des antiimperialistischen Kampfes im Nahen Osten, unterstützt.

ES LEBE DER SIEG DER PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTANDSBEWEGUNG UND IHRER AVANTGARDE, DER FPDLP!
NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!
NIEDER MIT DEM ZIONISMUS!
NIEDER MIT DER ARABISCHEN REAKTION!